

Keine Betreuungskrise nach der Coronakrise – Eltern, Personal und Betreuungseinrichtungen für faire Finanzierung

Donnerstag, 23. April 2020

Von: *nw*



Bund, Kantone und Gemeinden müssen die Existenz der Einrichtungen der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung sichern und die Eltern von ihrer Beitragspflicht entlasten. Das fordern Eltern, Betreiber/innen und Mitarbeitende der Einrichtungen in einer gemeinsam initiierten Petition des Verbands Kinderbetreuung Schweiz, kibesuisse, und des VPOD, Verband des Personals öffentlicher Dienste, welche heute mit über 12'400 Unterschriften an die Mitglieder der SODK, die Kommissionsmitglieder der WBK-N und WBK-S und die Mitglieder der Parlaments übergeben wurde.

Betreuungseinrichtungen unterstützen und damit Eltern von der Beitragspflicht entlasten

Die Massnahmen zur finanziellen Entlastung von Kindertagesstätten, Tagesfamilienorganisationen und schulergänzenden Tagesstrukturen sind nach wie vor ein Flickenteppich. Einige Kantone und Gemeinden haben nach wie vor gar keine oder zumindest keine zufriedenstellenden Regelungen kommuniziert. Damit wird nicht nur die Existenz der Betreuungseinrichtungen, sondern es führt dazu, dass Eltern zurzeit vielerorts die Aufrechterhaltung eines systemrelevanten Angebots ohne unmittelbare Gegenleistung finanzieren. Die Unterzeichnenden der Petition «Keine Betreuungskrise nach der Coronakrise» fordern, dass die Kantone und Gemeinden koordiniert mit dem Bund rasch klare und unbürokratische Finanzhilfen bereitstellen. Damit sollen einerseits Kindertagesstätten, Tagesfamilienorganisationen und schulergänzende Tagesstrukturen in ihrer Existenz gesichert werden und andererseits Eltern, welche weiterhin Elternbeiträge ohne Gegenleistung bezahlen müssen, finanziell entlastet werden. Dazu sollen die Betreuungseinrichtungen, im Rahmen der erhaltenen finanziellen Unterstützung, die bereits bezahlten Elternbeiträge anteilmässig zurückzuzahlen.

Betreuungsplatz auch nach der Coronakrise sichern

Die Einrichtungen der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung spielen heute eine tragende Rolle für die Aufrechterhaltung der Grundversorgung während der Corona-Pandemie. Sie sind aber auch in Zukunft essentiell für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit. Aufgrund von zahlreichen Kündigungen im Zusammenhang mit den Unsicherheiten in der Coronakrise sowie den komplett ausbleibenden Neuanmeldungen, stehen die Betreuungseinrichtungen auch nach der Wiederaufnahme des regulären Betriebes vor finanziellen Herausforderungen. Die Unterzeichnenden der Petition fordern deshalb zwingend auch Massnahmen zur Abfederung der mittel- und langfristigen finanziellen Folgen.